



Leasing-Fehler kosten Orte Millionen

Bei Finanzierungen über die Tiroler Kommunalgebäudeleasing sollen Tirols Gemeinden und Firmen den Banken 30 bis 50 Mio. Euro zu viel gezahlt haben. Gemeinden-Chef Schöpf rät, Verträge prüfen zu lassen.

Von Max Strozi

Innsbruck – Volksschule, Sporthalle, Gemeindezentrum: Bei ihren Bauten greifen Gemeinden häufig auf Leasingfinanzierungen zurück. Viele in den 80er- und 90er-Jahren abgeschlossene Verträge liefen zuletzt aus. Jetzt schlägt der Leasing-Experte Thomas Swancar von der Kommunalberatungs GmbH Alarm: Die Leasinggesellschaften hätten oft falsche Berechnungen zum Nachteil der Gemeinden angestellt. Der Schaden für die Tiroler Gemeinden gehe in die Millionen. Laut Swancar, der viele solcher Verträge geprüft hat, wurde das Unwissen der Gemeinden bei solchen komplexen Verträgen ausgenutzt. Hinter den fehlerhaften Be-



Die meisten Tiroler Gemeinden finanzieren ihre Bauten über Leasing – zahlreiche Orte haben in der Vergangenheit dabei zu viel gezahlt. Foto: iStock

„Bei Finanzierungen über die TKL liegt der Schaden für Tirols Gemeinden und Firmen bei bis zu 50 Mio. Euro.“

T. Swancar (Kommunalberatung)

rechnungen ortet er Kalkül: „Nur wenige Gemeinden lassen ihre Verträge prüfen. Am Schluss bleiben den Leasinggesellschaften viele Millionen übrig.“

Im Auftrag vieler Tiroler Gemeinden hat die Kommunalberatung kostenlos Leasingverträge prüfen lassen – im Erfolgsfall erhält die Kommunalberatung einen Teil der erstrittenen Summe. Fazit: „Wir haben bisher 15 Verträge kontrolliert. In zehn Fällen haben Gemeinden Rückzahlungen erhalten“, schildert Swancar. Insgesamt 1,5 Millionen Euro haben diese Tiroler Gemeinden bisher außergerichtlich erstritten. So seien Kreditge-

bühren zu Unrecht verrechnet, die Kautions nicht berücksichtigt oder Steueränderungen nicht weitergegeben worden, ergänzt Swancar. Für Sölden betrug die Mehrkosten fast eine Million Euro, die die Gemeinde schließlich zurückerfordern hat. Söldens BM und Gemeindeverbandschef Ernst Schöpf ist zufrieden. „Abzüglich der Erfolgsprämie blieben uns 800.000 Euro übrig.“ Der Fehler sei im Zuge der EDV-Umstellung beim Leasinggeber passiert. Schöpf rät den Gemeinden deshalb zu einer Kontrolle ihrer Leasing-Verträge. „Sich das anschauen zu

lassen, schadet nie. Vor allem, wenn es nichts kostet.“ Viele Prüfungen stehen noch an: „40 bis 50 Tiroler Gemeinden haben sich bereits bei uns gemeldet“, sagt Swancar.

In Tirol erfolgen viele kommunale Baufinanzierungen über die Tiroler Kommunalgebäudeleasing TKL. Sie gehört zu je einem Drittel der landeseigenen Hypo Tirol Bank, der Raiffeisen sowie der Erste Group. Besonders bei TKL-Verträgen würden sich Fehler häufen, meint Swancar: „Dort sind zwei Drittel bis drei Viertel der Verträge auffällig.“ Alleine bei Finanzie-

rungen über die TKL schätzt er den Schaden für Tirols Gemeinden und Unternehmen auf 30 bis 50 Mio. Euro. Den Kommunen macht er keinen Vorwurf: „Österreichweit sind nur 30 bis 50 Personen in der Lage, solche komplexen Verträge zu überprüfen, und die meisten davon sitzen in den Leasinggesellschaften.“

Die TKL weist die Vorwürfe zurück: „Zu Refundierungen kam es nur in Einzelfällen“, sagt Geschäftsführer Josef Walch. Die Rückerstattung sei außerdem nicht wegen fehlerhafter Berechnungen der TKL erfolgt. „Vielmehr aufgrund

unterschiedlicher Auslegungen bei Finanzierungskosten und bei den Änderungen im Steuerrecht.“ Die TKL habe mit mehr als 200 Tiroler Gemeinden Leasingfinanzierungen abgeschlossen. Ein Großteil davon sei bereits ausgelaufen, fügt Walch hinzu.

Neben den Rückforderungen ergibt sich für die Gemeinden auch das Problem der Verjährung. „Am Ende der Laufzeit verlangen Leasingfirmen fast immer einen Forderungsverzicht von der Gemeinde, die diese oft gutgläubig unterschreiben“, weist Leasingexperte Swan-

car allgemein auf dieses Problem hin. Denn Leasingfirmen würden sich im Fall einer Nachforderung oft auf dessen Verjährung berufen. „Wann Leasingrückforderungen verjährten, muss aber erst oberstergerichtlich geklärt werden“, erläutert Swancar.

Betroffen ist etwa auch die Gemeinde Volders. Wie Bürgermeister Max Harb erklärt, hat ein Gutachten der Kommunalberatung ergeben, dass die Gemeinde bei der 1991 begonnenen Finanzierung der Volksschule 300.000 Euro zu viel an die TKL bezahlt

„Zu Refundierungen kam es nur in Einzelfällen.“

Josef Walch
(Geschäftsführer TKL)

habe. Gespräche mit der TKL hätten laut Harb aber Mängel im Gutachten aufgezeigt. Finanzreferent in Volders ist Wilfried Stauder, gleichzeitig Aufsichtsratschef der Hypo Tirol Bank, der die TKL zu einem Drittel gehört. „Die Leasingverträge wurden lange vor meiner Zeit als Aufsichtsratsvorsitzender abgeschlossen und betreffen nicht die Hypo, sondern mit der TKL ein Unternehmen, an dem die Hypo nur zu 33,3% beteiligt ist“, sagt Stauder. „Ich habe dem Bürgermeister gegenüber von Beginn an meine Befangenheit mitgeteilt. Welche Zahlungen letztlich übrig bleiben, wird ein allfälliger Gerichtsentscheid zeigen.“ Volders hat laut Harb die Forderung über 300.000 Euro an die Kommunalberatung abgegeben. Sollte die Kommunalberatung die Summe einklagen, erhält die Gemeinde die Hälfte davon.



EZB-Chef Mario Draghi ließ den Geldhahn bereits mehrfach aufdrehen, weitere Maßnahmen schloss er nicht aus. Foto: Reuters/Pfaffenbach

„Helikoptergeld“ als letzte Waffe?

Frankfurt – Seit Jahren versuchen Europas Notenbanker mit einer Billiggeldflut die Wirtschaft anzukurbeln. Zuletzt weitete die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Kampf gegen schwache Konjunktur und Mini-Inflation massiv aus. Der Erfolg der Maßnahmen hält sich bisher in Grenzen, Kritiker halten sie eher für versteckte Hilfe zugunsten hochverschuldeter Staaten. Nun

denken manche Ökonomen laut über eine ebenso radikale wie skurrile Maßnahme nach: das direkte Verschenken von Geld an Bürger, Staaten oder Unternehmen unter Umgehung des normalen Bankensektors. In Fachkreisen wird dies „Helikoptergeld“ genannt – ein Hubschrauber wirft Geld ab, was zu Preissteigerungen führt. Erreicht werden soll dies, indem das unmittelbar den

Verbrauchern zur Verfügung gestellte Geld den Konsum ankurbelt. Dies wäre die ultimative und auch umstrittenste Waffe in Händen der EZB.

Notenbankchef Mario Draghi versicherte zwar, dass innerhalb des EZB-Rates nicht ernsthaft über die Idee des „Helikoptergeldes“ gesprochen wurde. Nach der jüngsten Zinsentscheidung hatte er aber auf Nachfrage die Idee als

„ein sehr interessantes Konzept“ bezeichnet.

Unter Volkswirten ist das Konzept höchst umstritten. Der Chefvolkswirt der Berenberg Bank, Holger Schmieding, bezeichnet die Idee des „Helikoptergeldes“ als „Quatsch“. Es würde die Illusion nähren, die Notenbank könne für die Bürger einfach immer mehr Geld drucken und damit die Probleme lösen. (dpa)

BLICK ZURÜCK

Stempelsteuer. Großbritannien lässt 1765 in den nordamerikanischen Kolonien

KURZ ZITIERT

„Geld, das man kurzfristig bekommt, gibt man leichter aus als Geld,

INSOLVENZEN IN TIROL

Konkurse. Über Ronny Sabbathi, Druckerei am Mitterweg 23b in Nußdorf-

ZAHL DES TAGES

6000

Minie...

SO FINDEN SIE

Ämtliche Mitteilung Seite 21
Börse Seite 18
Todesanzeigen Seite 22

Tiroler Tageszeitung
ONLINE

Ihr Leben in den
eigenen vier Wänden